



Liebe Leserinnen,  
Liebe Leser,

### **Neue Finanzaufsichtsbehörden für Europa**

Die Finanzkrise hat gezeigt, wie die Banken Verbrauchern wertlose Finanzprodukte mit Bestnoten angedreht haben. Um solche Situationen in Zukunft zu verhindern, hat das Europäische Parlament die Finanzmarktreform verabschiedet. Diese neuen Regelungen sehen zum einen den «Risiko- rat» als Frühwarn- Gremium zur Überwachung der Stabilität des Finanzsystems und zum anderen drei EU- Aufsichtsbehörden für Banken, Versicherungen und Börsen vor. Die tägliche Aufsicht über einzelne Institute und Märkte bleibt weiterhin den nationalen Behörden vorbehalten. Sollte jedoch einschlägiges EU-Recht verletzt sein, eine Notlage herrschen oder es einer Beilegung von Konflikten zwischen zwei nationalen Behörden bedürfen, haben die neuen europäischen Aufsichtsbehörden das Recht direkt einzugreifen.

Die Europaabgeordneten haben sich angesichts der immer komplexer werdenden Finanzdienstleistungen erfolgreich dafür eingesetzt, den Verbraucherschutz in den Mittelpunkt der Arbeit der neuen EU- Aufsichtsbehörden zu stellen. Die neuen Behörden werden die Kompetenz erhalten, bestimmte Finanzinstitute, Finanzprodukte wie etwa "Giftpapiere" oder bestimmte Finanzaktivitäten wie ungedeckte Leerverkäufe, zu überprüfen und wenn nötig, Warnungen herauszugeben.

All die Neuerungen sollen künftig unkoordinierte nationale Alleingänge verhindern und ein koordiniertes europäisches Handeln herbeiführen. Zudem soll die neue Aufsichtsstruktur grenzüberschreitende Probleme künftig besser meistern als die derzeitige national zersplitterte Aufsicht.

### **Sicherere Arzneimittel in Europa**

Selbst wenn sie legal sind und richtig angewendet werden, können Medikamente unerwartete und schwerwiegende Nebenwirkungen haben.

Das Parlament hat sich für den Patientenschutz stark gemacht: Ein ausgehandeltes Abkommen zwischen dem Rat und dem Parlament sieht eine bessere Aufklärung der Verbraucher durch die Schaffung nationaler und europäischer Arzneimittel- Websites vor. Die sogenannte "Pharmakovigilanz" soll dadurch verbessert werden. Unter diesem Begriff verbirgt sich die laufende und systematische Überwachung der Sicherheit eines Fertigarzneimittels, mit dem Ziel bisher unerkannte Nebenwirkungen zu identifizieren. Nach dem neuen Abkommen können die Patienten auftretende Nebenwirkungen auch direkt an die nationalen Behörden melden.

### **Gemeinschaftliches Handeln in Krisenzeiten**

Der nächste Winter steht bevor und bei der EU laufen die Vorbereitungen, dass der Winter - zumindest in den eigenen vier Wänden nicht kalt wird. Das Parlament hat hierzu ein Gesetz verabschiedet, welches vorsieht, dass die Mitgliedstaaten in Krisen besser

#### **So können Sie mich erreichen:**

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro  
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland  
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073  
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien  
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868  
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament  
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich  
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868  
ingeborg.graessle@europarl.europa.eu



reagieren und kooperieren. So sollen einerseits die Anfälligkeiten für künftige Störungen vermindert und andererseits die Entwicklung von Infrastrukturen auf nationaler und EU-Ebene gefördert werden. Spätestens in zwei Jahren müssen die Mitgliedstaaten einen Plan zur Prävention vorlegen. Das heißt sie müssten dann in der Lage sein, bei einem Ausfall der größten Erdgas-Infrastruktur die Tagesgesamtnachfrage zu decken. Die Kommission wird die Rolle der Koordination von Notfallmaßnahmen einnehmen. Unser Kommissar für Energie, Günther H. Oettinger, kündigte an, dass 1,4 Milliarden Euro von der Kommission für Infrastrukturprojekte zur Verfügung gestellt werden sollen.

### **Bessere Untersuchung von Flugzeugunfällen**

Im Jahr 2008 wurden 10.2 Mio Flüge in Europa abgewickelt. Nach Angaben der Europäischen Organisation für Flugüberwachung- und Sicherheit (EUROCONTROL), nehmen diese jährlich um 5 Prozent zu. Diesem wachsenden Flugaufkommen

sollen bessere und unabhängige Untersuchungen gerecht werden, damit zukünftig weitere Flugzeugabstürze verhindert werden. So soll die Rolle der Europäischen Flugsicherheitsagentur (EASA) aufgewertet und die nationalen Flugsicherheitsbehörden besser untereinander vernetzt werden. Außerdem sollen sicherheitstechnische Untersuchungen von Flugunfällen frei von jeglichem Druck seitens Regulierungs-, Zulassungs- oder anderer Behörden erfolgen. Die Fluggesellschaften werden mit Inkrafttreten der Richtlinie auch dazu verpflichtet, innerhalb von zwei Stunden nach dem Unfall eine Passagierliste zu erstellen, damit die Angehörigen zeitnah informiert werden können. Flugpassagiere können ab Januar 2011 eine Kontaktperson angeben, die dann im Falle eines Unglücks benachrichtigt werden könnte. Nationale Behörden sind künftig verpflichtet Kontaktdaten von Angehörigen der Opfer bereitzustellen. Auch der Datenschutz kommt nicht zu kurz: die Fluggesellschaften dürfen die Kontaktdaten des Passagiers

nicht weitergeben oder für kommerzielle Zwecke verwenden.

### **Egon Klepsch verstorben**

Im Jahre 1973 nahm er zunächst als Entsandter Bonns, dann mit der eingeführten Direktwahl im Jahr 1979 als vom Volk gewählter Abgeordneter, seine Arbeit im Europäischen Parlament auf. Egon Klepsch machte Karriere und stand 15 Jahre an der Spitze der Europäischen Volkspartei. Unterstützt von Helmut Kohl, baute er sich ein Netzwerk auf. Im Jahre 1992 wurde er für zwei Jahre ins Amt des Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt. Am Samstag verstarb der aus dem Südetenland stammende Egon Klepsch im Alter von 80 Jahren.

### **Besuch im Europaparlament in Straßburg**

Am Mittwoch durfte ich die Schüler des Gymnasiums Friedrich II. aus Lorch mit 27 Schülern empfangen. Seit drei Jahren treue EU-Fans - das freut mich!

#### **So können Sie mich erreichen:**